

Inhalt

A. Einleitung	1
I. Aufgabenstellung und Ziel der Untersuchung	1
II. Gang der Untersuchung	3
B. Einführung zur Problematik von sexuellen Missbrauchsvorwürfen ...	5
I. Das Problem im Allgemeinen	5
II. Abgrenzung zwischen „echter“ sexueller Nötigung sowie Vergewaltigung und falschen Missbrauchsvorwürfen	6
1. Körperliche Spuren als allein ausreichender Beweis	7
2. Körperliche Spuren als nicht ausreichender Beweis	7
a) „Echte“ sexuelle Nötigung und Vergewaltigung	7
b) Falsche Missbrauchsvorwürfe	8
III. Aussage-gegen-Aussage-Konstellation	9
C. Ein Beispielfall	11
I. Erstinstanzliches Verfahren	11
II. Revisionsverfahren	12
III. Verfassungsbeschwerde gegen die Entscheidung des Erstverfahrens	15
IV. Menschenrechtsbeschwerde	15
V. Erstes Wiederaufnahmeverfahren	15
VI. Zweites Wiederaufnahmeverfahren	16
VII. Verfassungsbeschwerde gegen die Entscheidung im ersten Wiederaufnahmeverfahren	16
VIII. Zusammenfassung	18
D. Untersuchung der Verteidigungsbeschränkungen des Angeklagten in Deutschland	19
I. Mögliche allgemeine Verfahrensdefizite	19
1. Behauptung eigener richterlicher Sachkunde trotz fehlender Ausbildung?	19
a) Glaubwürdigkeit des Zeugen und Glaubhaftigkeit seiner Aussage	20

aa) Glaubwürdigkeitsprüfung des „Opferzeugen“	20
(1) Persönlichkeit	20
(2) Motivation	21
(3) Aussagesituation	21
bb) Glaubhaftigkeitsprüfung der Aussage	22
(1) Leitentscheidung des Bundesgerichtshofs	22
(2) Arbeitsmethodik bei der Bewertung von Aussagen	23
(3) Abgrenzung zu suggestiv beeinflussten Inhalten	24
b) Angewandte Kriminologie und Wahrscheinlichkeitsforschung	26
c) Richterliche Ausbildung in forensischer Beweislehre, insbesondere in Aussagepsychologie und Angewandter Kriminologie	26
d) Verzicht auf Sachverständigenhilfe	27
e) Stellungnahme	28
2. „Freie“ richterliche Überzeugungsbildung entgegen psychologischer Effekte?	31
a) Freie Beweiswürdigung	32
b) Verschiebung zulasten des Angeklagten	32
aa) Vermeintliche Schutzeinlassung des Angeklagten	33
bb) Ankereffekt	33
cc) Kognitive Dissonanz	34
(1) Perseveranz- bzw. Inertiaeffekt	34
(2) Prinzip der selektiven Informationssuche	34
dd) Schulterschlusseffekt	35
c) Stellungnahme	35
3. Wörtliche Protokollierung bzw. Ton- und Bildaufzeichnung von Aussageinhalten?	36
a) Wörtliche Protokollierung	37
b) Inhaltsprotokoll nach § 273 Abs. 2 dStPO	37
c) Fehlende Ton- und Bildaufzeichnung	38
d) Stellungnahme	38
4. Mangelhafte Revisionskontrolle tatrichterlicher Urteile?	40
a) Behauptung der „Unzulässigkeit der Protokollrüge“ und „Verbot der Rekonstruktion der Hauptverhandlung“	40
b) Revisionssicheres Urteil durch Darstellungslücken	41
c) Bestrebungen zur revisionsrechtlichen Überprüfbarkeit	42
aa) Überlegung nach <i>Fezer</i>	42
bb) „Alternativrüge“	43
cc) Stellungnahme zu der Überlegung von <i>Fezer</i> und zu der „Alternativrüge“	43
d) Stellungnahme	44
5. Berücksichtigung des „ <i>in dubio pro reo</i> “ – Grundsatzes bei der richterlichen Entscheidungsfindung bzw. Möglichkeit einer Kontrolle?	45
a) Bedeutung	46
b) Stellungnahme	47

II.	Mögliche besondere Verteidigungsbeschränkungen aus Gründen des Opferschutzes	48
1.	„Opferzeuge“ als „Quasipartei“ des Strafverfahrens?	48
a)	Bestrebungen des Gesetzgebers und gesetzliche Umsetzung	49
b)	Stellungnahme	50
2.	Anklage vor dem Landgericht nach § 24 Abs. 1 Nr. 3 GVG	51
a)	Folgen der Anklageerhebung vor dem Landgericht nach § 24 Abs. 1 Nr. 3 GVG	51
aa)	Zerstörung der Kontrolle der Aussagekonstanz	51
bb)	Kürzung des Instanzenzuges auf eine Tatsacheninstanz ...	52
b)	Anwendungsbereich des § 24 Abs. 1 Nr. 3 GVG	53
aa)	Sekundäre Viktimisierung	53
bb)	Sekundäre Viktimisierung durch Strafverfahren?	53
c)	Fehlendes Bedürfnis für § 24 Abs. 1 Nr. 3 GVG?	54
aa)	Keine Traumatisierung bei Beachtung der strafprozessualen Möglichkeiten	55
bb)	Verpflichtungen der Justiz	55
cc)	Stellungnahme	56
d)	Verfassungswidrigkeit des § 24 Abs. 1 Nr. 3 GVG?	57
aa)	Auffassung der Rechtsprechung	57
bb)	Stellungnahme	58
e)	Begriffsschwäche der Norm: „Verletzter der Straftat“	59
f)	Stellungnahme	59
3.	Partielle Aufhebung des Prinzips der genauen Tatumgrenzung in der Anklageschrift?	60
a)	Funktion der Anklageschrift	61
aa)	Informationsfunktion	61
bb)	Umgrenzungsfunktion	61
b)	Früherer Anwendungsfall der fortgesetzten Handlung	61
c)	Heutige Rechtsprechung	62
d)	Stellungnahme	62
4.	Begrenzung der Überprüfung von Glaubwürdigkeitsbedenken aus tatfernen Umständen?	64
a)	Gesetzeslage und Rechtsprechung	64
b)	Stellungnahme	66
III.	Zwischenergebnis	69
E.	Untersuchung der Verteidigungsbeschränkungen des Angeklagten in Österreich	71
I.	Mögliche allgemeine Verfahrensdefizite	71
1.	Behauptung eigener richterlicher Sachkunde trotz fehlender Ausbildung?	71
a)	Richterliche Ausbildung in der forensischen Beweislehre, insbesondere in Aussagepsychologie und Angewandter Kriminologie	72

b) Keine notwendige Beiziehung eines Sachverständigen	73
c) Keine Mindeststandards bei aussagepsychologischer Begutachtung	74
d) Stellungnahme und Vergleich	74
2. „Freie“ richterliche Überzeugungsbildung entgegen psychologischer Effekte?	76
a) Freie Beweiswürdigung	76
b) Verschiebung zulasten des Angeklagten	76
c) Sonderfall Geschworenenvorverfahren	77
d) Stellungnahme und Vergleich	78
3. Wörtliche Protokollierung bzw. Ton- und Bildaufzeichnung von Aussageinhalten?	78
a) Protokollierung der Hauptverhandlung nach § 271 öStPO . . .	79
aa) Protokollierung von Suggestivfragen	79
bb) Durchführung der Protokollierung	80
b) Unterstützung der Protokollführung durch Ton- und Bildaufnahmen nach § 271a öStPO	80
c) Stellungnahme und Vergleich	80
aa) „Mehr“ an Protokollierung gegenüber Deutschland	80
bb) Ton- und Bildaufzeichnung	82
cc) Zusammenfassung	83
4. Mangelhafte Kontrolle trichterlicher Beweisdarstellung im Rahmen des Nichtigkeitsverfahrens?	83
a) Überprüfungsmöglichkeiten der trichterlichen Beweisdarstellung, -verwertung und -würdigung	84
aa) Mängelrüge gemäß §§ 281 Abs. 1 Z 5; 464 Z 1; 489 Abs. 1 öStPO	84
(1) § 281 Abs. 1 Z 5 Alt. 1 bis 3 öStPO	84
(2) § 281 Abs. 1 Z 5 Alt. 4 öStPO	85
(3) § 281 Abs. 1 Z 5 Alt. 5 öStPO	85
bb) Geschworenenvorverfahren	86
(1) § 345 Abs. 1 Z 6, 9 öStPO	86
(2) § 345 Abs. 1 Z 10a öStPO	86
cc) Tatsachenrüge und Aufklärungsrüge gemäß § 281 Abs. 1 Z 5a öStPO	87
(1) Tatsachenrüge	87
(2) Aufklärungsrüge	88
b) Stellungnahme und Vergleich	89
aa) § 281 Abs. 1 Z 5 Alt. 1 bis 4 öStPO	89
bb) § 281 Abs. 1 Z 5 Alt. 5 öStPO	89
cc) Tatsachenrüge	90
dd) Aufklärungsrüge	92
ee) Zusammenfassung	93

5.	Berücksichtigung des „ <i>in dubio pro reo</i> “ – Grundsatzes bei der richterlichen Entscheidungsfindung bzw. Möglichkeit einer Kontrolle?	93
	a) Bedeutung	94
	b) Stellungnahme und Vergleich	94
II.	Mögliche besondere Verteidigungsbeschränkungen aus Gründen des Opferschutzes	95
1.	„Opferzeuge“ als „Quasipartei“ des Strafverfahrens?	95
	a) Bestrebungen des Gesetzgebers und gesetzliche Umsetzung	96
	b) Stellungnahme und Vergleich	97
2.	Zuständigkeit des Schöffengerichts nach § 31 Abs. 3 Z 4 öStPO	98
	a) Kürzung des Instanzenzuges auf eine Tatsacheninstanz	99
	b) Zerstörung der Kontrolle der Aussagekonstanz	99
	c) Verfassungswidrigkeit des § 31 Abs. 3 Z 4 öStPO?	99
	aa) Recht auf gesetzlichen Richter	99
	bb) Verstoß gegen Art. 91 Abs. 3 B-VG	100
	d) Stellungnahme und Vergleich	101
3.	Partielle Aufhebung des Prinzips der genauen Tatungrenzung in der Anklageschrift?	102
	a) Aufgabe der Anwendbarkeit der fortgesetzten Handlung durch die Rechtsprechung	102
	b) Anwendung der „gleichartigen Verbrechensmenge“	102
	aa) Begriff von Nowakowski	103
	bb) Annahme durch die österreichische Literatur	104
	c) Stellungnahme und Vergleich	104
4.	Begrenzung der Überprüfung von Glaubwürdigkeitsbedenken aus tatfernen Umständen?	105
	a) Gesetzeslage und Rechtsprechung	105
	b) Stellungnahme und Vergleich	107
5.	Verfahrensdefizite bei kontradiktorischer Vernehmung nach §§ 165, 247 öStPO?	109
	a) Voraussetzungen und Folgen der kontradiktorischen Vernehmung	109
	b) Verfahrensdefizite bei der kontradiktorischen Vernehmung	111
	aa) Verbot der erneuten Vernehmung	111
	(1) Beschränkung der materiellen Wahrheit	111
	(2) Beschneidung des Fragerechts des Angeklagten	112
	bb) Fragerecht kein gleichwertiger Ersatz für jenes in der Hauptverhandlung	113
	cc) Unverteidigter Beschuldigter	113
	(1) Kein Verteidigerzwang	113
	(2) Kein Anspruch auf einen Verfahrenshilfsverteidiger	114
	dd) Keine Pflicht zur Teilnahme	114
	c) Stellungnahme und Vergleich	115
III.	Zwischenergebnis	117

F. Ergebnis des Vergleichs der Verfahrensdefizite Deutschlands und Österreichs und deren Korrekturmöglichkeiten	121
I. Verfahrensdefizite	121
1. Allgemeine Verfahrensdefizite	121
2. Besondere Beschränkungen aus Gründen des Opferschutzes	124
II. Gemeinsame Korrekturmöglichkeiten für beide Länder	125
1. Vertiefte Ausbildung des Tatrichters in der forensischen Beweislehre, insbesondere in der Aussageanalyse und der Angewandten Kriminologie	126
2. Mindestgebot einer Nachbesserung der verteidigungsrelevanten Informationen aus der Anklageschrift durch nachträgliche gerichtliche Hinweise	127
a) Hinweispflicht nach Auffassung des 1., 4. und 5. Strafsenats des Bundesgerichtshofs	128
b) Keine Hinweispflicht nach Auffassung des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofs	128
c) Stellungnahme	128
3. Beachtung der methodischen Regeln für die Aussagepsychologie	129
a) Durch den Tatrichter	130
b) Beauftragung eines Sachverständigen	130
aa) Für Deutschland	130
bb) Für Österreich	131
cc) Grenzen	131
4. Umfassende Aufklärung der Persönlichkeit des „Opferzeugen“ und obligatorische Exploration desselben	133
a) Umfassende Aufklärung der Vita des „Opferzeugen“	133
b) Obligatorische Exploration des „Opferzeugen“	134
aa) Bislang keine Pflicht des „Opferzeugen“ zur Exploration	135
bb) Lösung über Erweiterung der gesetzlichen Befugnisse bzw. Formulierung eines Regel-Ausnahme-Verhältnisses	136
5. Zusätzliche Begutachtung der Angeklagtenseite mit Hilfe der Aussagepsychologie	137
a) Freiwillige Begutachtung	137
b) „Lügendetektorentscheidung“ des Bundesgerichtshofs	138
c) Vier denkbare Konstellationen	139
6. Ausbau der Kontrolle von Urteilen der ersten Tatsacheninstanz	140
a) § 529 Abs. 1 Nr. 1 dZPO	141
b) Umsetzung im revisionsrechtlichen Verfahren bzw. im Nichtigkeitsverfahren	142
III. Zusätzliche Korrekturmöglichkeiten für Deutschland	144
1. Ersatz der fehlenden Berufungsinstanz durch effektiveres Wiederaufnahmerecht	144
a) Keine Rechtfertigung für fehlende Berufungsinstanz	144
b) Verstoß gegen die Rechtsschutzgarantie	145
c) Ausgleich über effektiveres Wiederaufnahmerecht	146

2.	Möglichkeit einer obligatorischen Ton- und Bildaufzeichnung von Aussagen in der Hauptverhandlung	147
a)	Lange Tradition der Forderung	147
b)	Ermöglichung einer nachträglichen Kontrolle, bessere Rekonstruktionsmöglichkeit und Durchführung einer Aussageanalyse	148
3.	Streichung des § 24 Abs. 1 Nr. 3 GVG	149
IV.	Zusätzliche Korrekturmöglichkeiten für Österreich	149
1.	Änderungen bei der kontradiktorischen Vernehmung	150
a)	Einführung einer erneuten und ergänzenden Vernehmungsmöglichkeit	150
b)	Zwingende Verteidigerbestellung	151
c)	Garantie zur Wahrnehmung prozessualer Rechte	152
2.	Tatsächliche Anordnung von Ton- und Bildaufnahmen und Ausweitung der Kontrolle im Rahmen der Nichtigkeitsbeschwerde auch bezüglich der Ton- und Bildaufnahme	153
3.	Streichung des § 31 Abs. 3 Z 4 öStPO	154
G.	Zusammenfassung und Ausblick	155
Gesetzesauszüge		157
Deutsche Gesetze		157
Auszug aus der Strafprozessordnung (dStPO)		157
§ 58a StPO		157
§ 68a StPO		158
§ 81c StPO		158
§ 136a StPO		159
§ 157 StPO		159
§ 200 StPO		159
§ 238 StPO		160
§ 241 StPO		160
§ 241a StPO		160
§ 243 StPO		160
§ 244 StPO		161
§ 247 StPO		162
§ 247a StPO		162
§ 255a StPO		162
§ 261 StPO		163
§ 265 StPO		163
§ 269 StPO		163
§ 273 StPO		163
§ 274 StPO		164
§ 312 StPO		164
§ 333 StPO		164

§ 337 StPO	164
§ 338 StPO	165
§ 349 StPO	165
§ 351 StPO	166
§ 352 StPO	166
§ 359 StPO	166
§ 368 StPO	167
§ 397 StPO	167
§ 403 StPO	167
Auszug aus dem Strafgesetzbuch (dStGB)	167
§ 174 StGB	167
§ 174a StGB	168
§ 174b StGB	168
§ 174c StGB	169
§ 176 StGB	169
§ 176a StGB	170
§ 176b StGB	170
§ 177 StGB	170
§ 178 StGB	171
§ 179 StGB	171
Auszug aus den Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV)	172
Nr. 113 RiStBV	172
Auszug aus dem Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)	173
§ 24 GVG	173
§ 25 GVG	173
§ 28 GVG	173
§ 29 GVG	174
§ 76 GVG	174
§ 171b GVG	174
§ 172 GVG	175
Auszug aus dem Grundgesetz (GG)	175
Art. 1 GG	175
Art. 2 GG	175
Art. 3 GG	175
Art. 19 GG	176
Art. 101 GG	176
Art. 103 GG	176
Auszug aus der Zivilprozessordnung (ZPO)	176
§ 529 ZPO	176
Österreichische Gesetze	177
Auszug aus der österreichischen Strafprozessordnung (öStPO)	177
§ 2 StPO	177
§ 13 StPO	177
§ 14 StPO	177

§ 31 StPO	178
§ 32 StPO	179
§ 48 StPO	180
§ 55 StPO	180
§ 61 StPO	181
§ 65 StPO	182
§ 66 StPO	183
§ 67 StPO	183
§ 68 StPO	185
§ 96 StPO	185
§ 117 StPO	186
§ 119 StPO	186
§ 120 StPO	187
§ 121 StPO	187
§ 123 StPO	188
§ 126 StPO	189
§ 156 StPO	190
§ 158 StPO	191
§ 161 StPO	191
§ 164 StPO	192
§ 165 StPO	192
§ 211 StPO	193
§ 220 StPO	194
§ 229 StPO	194
§ 232 StPO	194
§ 238 StPO	195
§ 247 StPO	195
§ 249 StPO	195
§ 250 StPO	195
§ 252 StPO	196
§ 254 StPO	197
§ 258 StPO	197
§ 260 StPO	197
§ 270 StPO	198
§ 271 StPO	199
§ 271a StPO	201
§ 281 StPO	201
§ 281a StPO	203
§ 282 StPO	203
§ 285f StPO	204
§ 310 StPO	204
§ 312 StPO	204
§ 317 StPO	205
§ 330 StPO	205
§ 331 StPO	205

§ 338 StPO	206
§ 343 StPO	206
§ 345 StPO	206
§ 366 StPO	208
§ 427 StPO	209
§ 464 StPO	209
§ 467 StPO	210
§ 489 StPO	210
Auszug aus dem Strafgesetzbuch (öStGB)	211
§ 1 StGB	211
§ 201 StGB	211
§ 202 StGB	212
§ 205 StGB	212
§ 206 StGB	212
§ 207 StGB	213
Auszug aus dem Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)	213
Art. 83 B-VG	213
Art. 87 B-VG	213
Art. 91 B-VG	214
Auszug aus dem Jugendgerichtsgesetz (öJGG)	214
§ 39 öJGG	214
Auszug aus dem Mediengesetz (MedienG)	214
§ 7 MedienG	214
§ 7a MedienG	215
Auszug aus dem Rechtspraktikantengesetz (RPG)	216
§ 7 RPG	216
Auszug aus dem Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz (RStDG)	216
§ 14 RStDG	216
§ 16 RStDG	217
Auszug aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ..	218
Art. 6 EMRK	218
Art. 7 EMRK	219
Literatur	221
Sachverzeichnis	229

Aussage gegen Aussage in sexuellen
Missbrauchsverfahren
Defizitäre Angeklagtenrechte in Deutschland und
Österreich und deren Korrekturmöglichkeiten
Wille, F.
2012, XIX, 230 S. 1 Abb., Hardcover
ISBN: 978-3-642-27421-3